

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/138

Bonn, den 25. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1	<u>Wahlssystem und Regierungsbildung</u>	41
	Gedanken zu den Vorgängen in Düsseldorf	
	Von Heinrich G. Eitzel	
2 - 2a	<u>DIE SORGEN UNSERER STÄDTE</u>	103
	Strukturänderungen bedeuten zusätzliche Lasten	
	Von Oberbürgermeister Georg Buch, Wiesbaden	
3 - 4	<u>Bildungshilfe ist soziale Entwicklungshilfe</u>	70
	Arbeiterwohlfahrt fördert die Weiterbildung türkischer Arbeitnehmer	
5 - 6	<u>Griechenland aufmerksamer Beobachter der Bundesrepublik</u>	66
	Schröders Besuch in Athen	
	und Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen machen Schlagzeilen	
	Von Dr. Basil P. Mathiopoulos, z.Z. Athen	

\* \* \*

## Wahlssystem und Regierungsbildung

### Gedanken zu den Vorgängen in Düsseldorf

Von Heinrich G. Ritzel

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in den einzelnen bundesdeutschen Ländern besteht zur Zeit ein Wahlssystem, das unter einer Voraussetzung die Wahl von Vertretern mehrerer Parteien ermöglicht. Die eine und einzige Voraussetzung ist, von der selbstverständlichen demokratischen Grundhaltung der Parteien abgesehen, die fünf-Prozent-Klausel. Schon der Parlamentarische Rat, dann der Bundestag und die Länderparlamente haben aus der Überflutung der Politik mit Parteien und politisierenden Gruppen in der Zeit von 1919 bis 1933 Konsequenzen gezogen: Die Partei, die nicht mindestens fünf Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt, kann nicht in ein Parlament einziehen.

So sehr diese Vorschrift darauf bedacht ist, die Arbeitsfähigkeit eines Parlaments dadurch sicherzustellen, daß sich regierungsfähige Mehrheiten bilden können, so sehr muß auf der anderen Seite erwartet werden, daß die Vertreter der vom Volk in das Parlament entsandten Parteien die Fähigkeit und den Willen beweisen, ihren Auftrag zur Beteiligung an einer Regierungsbildung zu erfüllen. Der Wähler erwartet einfach, daß die zu Fraktionen zusammengeschlossenen Abgeordneten ihre Pflicht tun.

Wenn wir den Verlauf der Verhandlungen über eine Regierungsbildung im Lande Nordrhein-Westfalen unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung des Wählerwillens betrachten, dann ergeben sich neben vielen anderen Gesichtspunkten auch Überlegungen, die dazu zwingen, an die Wurzel der in Nordrhein-Westfalen sichtbar gewordenen Entwicklung zu denken.

Als Anhänger des heute in der Bundesrepublik und in den einzelnen Ländern praktizierten Wahlsystems frage ich mich aufgrund der Vorgänge in Düsseldorf und Bonn doch, ob es richtig ist, auf die Dauer bei diesem Wahlrecht zu bleiben. Wenn die Parteien nicht den Mut haben, eine klare und saubere Regierungsbildung zu ermöglichen, wenn manipuliert und der in den Wahlen deutlich sichtbar gewordene Wille des Volkes ignoriert wird, wenn eine demokratische Partei grundlos die Zusammenarbeit mit einer anderen demokratischen Partei ablehnt und wenn sich so unmögliche Verhältnisse ergeben, dann ist der Zeitpunkt nicht fern, an dem man sich in Bund und Ländern fragen muß, ob das derzeit geltende Wahlssystem weiter beibehalten werden kann.

Mit einer Änderung des Wahlsystems, das praktisch nur zwei Parteien zuläßt, werden klare Mehrheitsverhältnisse geschaffen. Dann sind üble Kuhhändler nicht möglich, dann kann der Wille des Volkes nicht ignoriert werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Überlegungen eines vielleicht nahen Tages praktische Bedeutung gewinnen können.

## DIE SORGEN UNSERER STÄDTE

Strukturänderungen bedeuten zusätzliche Lasten

Von Oberbürgermeister Georg Büch, Wiesbaden

Nach dem letzten Kriege ist die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden, die nur einen relativ geringen Zerstörungsgrad aufzuweisen hatte, von vielen deutschen Städten beneidet worden. Der Außenstehende glaubte, daß diese Stadt in vollem Umfange funktionsfähig geblieben sei, und daß es ein Leichtes sein müsse, sie den Bedürfnissen der neuen Zeit anzupassen.

Im Laufe der folgenden Jahre hat es sich jedoch gezeigt, daß die Anpassung eines städtischen Organismus wie der der einstigen Weiskurstadt an die modernen soziologischen und technischen Erfordernisse Probleme aufwirft, deren Lösungen weitaus größere Belastungen bedeuten, als man allgemein annimmt. Dadurch, daß Wiesbaden wenig zerstört war, strömten viele Menschen in die Stadt, weil sie hier eine Wohnung zu finden hofften. Außerdem wählten die Amerikaner Wiesbaden zum Standort ihres Hauptquartiers für die Luftstreitkräfte in Europa, Vorderasien und Nordafrika.

Allein diese beiden Tatsachen bedingten, daß in wenigen Jahren Wohnungen und alle Folgeeinrichtungen für rund 120 000 Menschen geschaffen werden mußten - mit anderen Worten: es mußte eine mittlere Großstadt neu gebaut werden.

Die geringe Zerstörung der Stadt machte ihre Anpassung an die modernen Verkehrsbedürfnisse weitaus schwieriger, als dies in stärker zerstörten Städten möglich war. In Wiesbaden muß heute nicht nur Baugrund erworben werden, es müßten die darauf stehenden Häuser gekauft, ihre Bewohner umgesetzt, die Häuser abgerissen werden; dies verursacht beträchtliche Kosten.

Es versteht sich von selbst, daß die Straßen der ehemaligen Kurstadt dem starken Verkehr unserer Tage nicht gewachsen sind. Das bedeutete den Ausbau der Straßen. Von den insgesamt 528,5 km Straßen in Wiesbaden müssen 422,5 km von der Stadt, jedoch nur 105,8 km vom Bund und dem Land gemeinsam instandgehalten und ausgebaut werden.

Durch den starken Zustrom an Menschen wuchs auch der Bedarf der verschiedensten öffentlichen Einrichtungen, vor allem der Bedarf an Schulraum. Obwohl die Stadt Wiesbaden große Anstrengungen gemacht hat, neue Schulen zu bauen, alte Schulen umzubauen und zu erweitern, beträgt heute noch der Schulraumbedarf 348 Klassen; denn eine Klassenstärke von 50 Schülern und mehr kann auf die Dauer aus pädagogischen Gesichtspunkten nicht aufrechterhalten werden. Um den Schulraumbedarf zu beseitigen, sind nach vorsichtiger Schätzungen rund 140 Millionen DM erforderlich.

1946 wurde Wiesbaden zur hessischen Landeshauptstadt ernannt. Das bedeutete einerseits eine Aktivierung des städtischen Lebens, zum anderen aber mußten die erforderlichen Verwaltungsräume und vor allem die erforderlichen Wohnungen geschaffen werden. Wenn man weiß, daß heute rund 17 000 öffentliche Bedienstete bei Bundes- und Landesbehörden arbeiten (Wiesbaden ist u.a. Sitz des Statistischen Bundesamtes und des Bundeskriminalamtes), so kann man sich eine Vorstellung von der Größenordnung des zu schaffenden Wohnraums machen.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, mit welchen Problemen sich Wiesbaden beschäftigen muß. Diese Aufgaben aber, Aufgaben der öf-

entlichen Hand, können nur gelöst werden, wenn Geld in der Kasse ist. Es ist zur Genüge bekannt, daß die Städte im wesentlichen auf ihr Gewerbesteueraufkommen als einzige Einnahmequelle angewiesen sind. In Wiesbaden liegt das Gewerbesteueraufkommen pro Kopf der Bevölkerung bei 198 DM und ist somit weitaus niedriger als der hessische Landesdurchschnitt mit 314 DM pro Kopf der Bevölkerung.

In früheren Jahren, das war durchaus verständlich, hat die Stadt Wiesbaden als Kurstadt kein allzu großes Gewicht auf die Neuansiedlung von Industriebetrieben gelegt. Heute ist die Stadt Wiesbaden gezwungen, um ihre Steuereinnahmen zu vernehren, damit sie ihre großen Aufgaben für die Allgemeinheit erfüllen kann (allein für eine gute Verkehrslösung wären rund 500 Millionen DM erforderlich), neue Gewerbe- und Industriebetriebe anzusiedeln, die sich einigermaßen in die Atmosphäre der Stadt und in die Struktur der Landschaft einfügen lassen. Doch gemeinhin übersieht man, daß Industrie- und Wirtschaftsförderung zunächst sehr viel Geld kosten und erst im Laufe der Jahre Geld einbringen können.

Aus all dem ergibt sich, daß für die Stadt Wiesbaden die Neuverteilung der Steuern die einzig mögliche Lösung ist, aus dem finanziellen Engpaß herauszukommen, in den sie ohne ihre Schuld geraten ist. Obwohl das Land Hessen seiner Landeshauptstadt immer wieder großzügig geholfen hat, sind doch dem Land hier Grenzen gezogen. Nur eine Bundesgesetzliche Regelung könnte helfen.

Die zweite wichtige Forderung wäre die einer praktikablen und auf die Bedürfnisse der Städte und ihres Umlandes im Kraftfeld eines wirtschaftlichen Ballungsgebietes abgestimmte Raumordnungsgesetzgebung. Und die Frage müßte geklärt sein, wie diese Sanierungen, diese Raumordnungsmaßnahmen finanziert werden können. Nur eine solche Klarheit könnte die Beziehungen zwischen den Städten und den Gemeinden regeln, ohne daß es immer wieder zu Schwierigkeiten und Zwistigkeiten kommen muß, die aufgrund der bestehenden Gesetzgebung kaum zu überwinden sind. Gerade in Wiesbaden, einer Stadt, deren Struktur sich nach dem Zweiten Weltkrieg so entscheidend geändert hat, wird dies besonders deutlich. Das Gewerbesteueraufkommen aus dem Kur- und Fremdenverkehr macht nur noch rund zwei Prozent des Gesamtgewerbesteueraufkommens aus. Andererseits hat die Stadt selbst hohe soziale Lasten zu tragen. In früheren Jahren siedelten sich viel Pensionärs in dieser Stadt an; viele verloren durch die Geldentwertung Hab und Gut und müssen heute sozial unterstützt werden. Daraus erklärt es sich, daß die Pro-Kopf-Ausgaben für soziale Leistungen in Wiesbaden mit 35 DM höher sind als die im Bundesdurchschnitt in Höhe von 33 DM.

Die Bundesgesetzgebung weist zwar auf diesem Gebiet den Gemeinden immer wieder neue Aufgaben zu, läßt jedoch häufig die Frage der Finanzierung dieser Aufgaben offen oder legt Teile dieser Maßnahmen finanziell den Gemeinden zur Last. Ein Beispiel ist die berühmte Wohngeldderechnung, die den Gemeinden beträchtliche Verwaltungskosten verursacht.

Aus all dem ergibt sich, daß die Verteilung der öffentlichen Mittel neu geregelt werden muß, daß die Städte und Gemeinden besser als bisher berücksichtigt werden müssen. Vorschläge haben einzelne Städte und auch der Städtetag wiederholt gemacht. Es sei hier nur an die Mineralölsteuer gedacht, die zu einem kleinen Teil den Städten für ihre lebensnotwendigen Verkehrsbauten zugute kommen soll. Notwendig wäre ein praktikables Raumordnungsgesetz, und notwendig wäre im Grunde mehr Verständnis für die großen Aufgaben der Städte und Gemeinden. Denn wie sie ihre Probleme lösen und Aufgaben bewältigen, daran wird nicht zuletzt der Staat als Ganzes beurteilt.

### Bildungshilfe ist soziale Entwicklungshilfe

Arbeiterwohlfahrt fördert die Weiterbildung türkischer Arbeitnehmer

Unter den mehr als 1,5 Millionen ausländischer Arbeitnehmer, die zur Zeit in der Bundesrepublik tätig sind, befinden sich etwa 58 000 Türken. Ihre soziale Betreuung hat die Arbeiterwohlfahrt übernommen.

Im Vordergrund der sozialen Arbeit für die Türken steht naturgemäß die Vermittlung von Hilfen zur Anpassung an die deutschen Lebensverhältnisse, die sehr anders sind als die Gegebenheiten in der Türkei. Es bestehen Beratungsstellen für Türken, die mit türkischen Mitarbeitern der Arbeiterwohlfahrt besetzt sind, Freizeitheime sind eingerichtet worden, die in der Bundesrepublik bestehenden Vereine türkischer Arbeitnehmer werden gefördert.

Hand in Hand mit diesen Anpassungshilfen geht die Vermittlung von Hilfen zur Bildung im weiteren Sinne: Sprachkurse, Seminare zu Themen aus dem Arbeitsrecht und der Staatsbürgerkunde. Ist es sinnvoll, den Türken solche Möglichkeiten anzubieten? Und vor allem: wie nehmen die Türken das Angebot solcher Bildungshilfen auf?

Sehr viele der Türken kommen aus ländlichen Gegenden, aus kleinen Dörfern. Zu Hause lebten sie in einfachsten Lebensverhältnissen. Die Unterschiede zwischen den deutschen und den türkischen Lebensbedingungen sind zu groß, als daß der einzelne sie ohne weiteres verstehen und verkraften könnte. Hier liegen die Gründe vieler Anpassungsschwierigkeiten, die sich zwischen den Türken in der Bundesrepublik und seine fremde Umwelt schieben, - eine Reibungsfläche, an der sich mancherlei Konflikte entzünden können. Ein Mitteleuropäer, der für längere Zeit im Ausland arbeiten will, trifft in der Regel mit Hilfe der ihm zu Gebote stehenden Bildungsmöglichkeiten gründliche Vorbereitungen für seinen Auslandsaufenthalt. Dennoch wird er, wenigstens im Anfang, im fremden Land mancherlei Schwierigkeiten begegnen. Leider wurde es versäumt oder erwies es sich als unmöglich, die Türken in dieser oder ähnlicher Weise auf ihren Deutschland-Aufenthalt vorzubereiten. Verständlich, daß sie besonders große Schwierigkeiten bei der Eingewöhnung in die fremde Umwelt haben.

Kann hier etwas nachgeholt werden? Wenn ja, wie läßt sich das bewerkstelligen?

Möglichkeiten dazu sind sicher vorhanden. Meist loben die Tür-

ken in Gemeinschaftsunterkünften und sind daher verhältnismäßig leicht in Gruppen zusammenzufassen. Die zuständigen deutschen Stellen sind bildungsfördernden Maßnahmen für Türken im Prinzip nicht abgeneigt. Sie haben erkannt, daß solche Maßnahmen sowohl dem einzelnen Türken als auch den deutschen Betrieben, in denen Türken beschäftigt sind, zugute kommen. Zudem dürfte von jenen Türken, die an allgemeinbildenden Veranstaltungen in Deutschland teilnehmen, eine erhöhte Anpassungsfähigkeit an unsere Lebensverhältnisse zu erwarten sein.

Aber alle Bildungshilfe bleibt nur Stückwerk, wenn nicht zugleich der persönliche Kontakt zwischen deutschen und türkischen Arbeitskollegen vertieft wird. Persönliche Gespräche, Begegnungen bei gemeinsamen Veranstaltungen, Einladungen an Türken in den Familienkreis sind neben der Darbietung gezielter Informationen und neben den Bildungsbestrebungen unerläßliche Voraussetzungen für das Zustandekommen eines besseren Verständnisses füreinander.

Bildungsangebote an die Türken werden in vielfältigen Formen über die Turkanis-Stellen der Arbeiterwohlfahrt vermittelt. Es versteht sich, daß diese Bildungsveranstaltungen in türkischer Sprache stattfinden.

Für die Gesellschaft der Bundesrepublik ist die Tatsache, 1,5 Millionen ausländischer Arbeitnehmer im Lande zu haben, nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung. In dieser Tatsache liegt auch ein politisches Kapital beschlossen, das reiche Zinsen tragen kann, wenn man es zu nutzen versteht. Wenn sich die in der Bundesrepublik lebenden türkischen Arbeitnehmer dank der ihnen hier gewährten Bildungshilfen ein solides Wissen aneignen können, das sowohl den beruflichen Bereich als auch die Spielregeln der demokratischen Gesellschaftsordnung umfassen sollte, dann wird dieses Wissen nach ihrer Rückkehr in die Heimat ihrer Nation, ihrem Land und ihrem Staat zugutekommen.

Und nicht zuletzt: wenn wir den unter uns lebenden Türken ihnen gemäße Bildungsmöglichkeiten erschließen und ihnen dadurch zu einem größeren Sach- und Allgemeinwissen verhelfen, gewinnen wir sie mit Sicherheit zu Freunden. 158 000 Freunde Deutschlands in einem anderen Land stellen einen politischen Wert dar. Wir haben es in der Hand, diesen Wert zu erwerben, indem wir den hier arbeitenden Türken Bildungshilfen anbieten.

Griechenland aufmerksamer Beobachter der Bundesrepublik

Schröders Besuch in Ankara

und Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen nachen Schlagzeilen

Von Dr. Basil P. Katiopoulos, z. Zt. Athen

Zwei Ereignisse fanden in den letzten beiden Wochen in der griechischen Presse trotz starker innenpolitischer Spannungen große Beachtung: einmal der Besuch des Bundesaußenministers Schröder in Ankara, zum anderen der Sieg der Sozialdemokratischen Partei bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Die Besprechungen des deutschen Außenministers mit der türkischen Regierung sind aber nicht nur im Hinblick auf die NATO von Bedeutung; sie sind auch für die Mittelmeerstaaten, besonders für Italien und Griechenland, äußerst interessant.

In diesem Zusammenhang muß auch die Reise des italienischen Außenministers Fanfani gesehen werden, der der Türkei am 15. Juli einen offiziellen Besuch abstattete. Das italienische Blatt ESTERI hob in einem Leitartikel hervor, daß die Verhandlungen in Ankara als wichtigstes Ereignis den festen Zusammenhalt der Türkei, Griechenlands und Italiens innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft brachten. Griechische und türkische Kommentatoren sehen in der italienischen Aktivität im Mittelmeerraum den Versuch, mit Unterstützung der Bundesrepublik und der USA das Vakuum gewissermaßen aufzufüllen, das dadurch entstanden ist, daß Frankreich seine Mittelmeerflotte dem Kommando der NATO entzogen hat.

Schröder verfolgte mit seinem Besuch in Ankara seine Politik, durch möglichst enge Beziehungen zu allen NATO-Partnern die in Frage gestellte Multilateralität des Bündnisses zu festigen. Griechische Kommentare über die Reise des deutschen Außenministers nach Ankara und über den für den kommenden Herbst angekündigten Besuch in Athen waren sehr wohlwollend; der griechische Außenminister Tombas hatte dazu anlässlich der letzten NATO-Tagung in Brüssel erklärt, "daß die deutsch-griechischen Beziehungen zur Zeit auf allen Gebieten so gut seien, daß sie nicht besser sein könnten."

Überraschung und Kritik löste jedoch die Forderung der türkischen Regierung aus, von Deutschland acht Millionen Dollar als Wic-

dergutmachung für die etwa 2 000 türkischen Familien zu verlangen, die während der deutschen Besatzungszeit in Griechenland gezwungen wurden, das Land zu verlassen. Zu diesem Komplex nahm das Auswärtige Amt in Bonn wie folgt Stellung: "Die Frage wurde während des letzten Besuches des deutschen Außenministers in Ankara am Rande erörtert. Die deutsche Seite hat keine Versprechungen gegeben; sie hat nur zugestimmt, diese Frage erneut zu diskutieren, ohne jedoch einen bestimmten Zeitpunkt hierfür festgelegt zu haben."

Kommentare über den Wahlsieg der Sozialdemokraten räumten griechische Zeitungen in der letzten Woche Titelseiten ein. Die Regierungszeitung ELEFTHERIA und die größte Zeitung Nordgriechenlands MAKEDONIA schreiben: "Die Christlichen Demokraten behaupten seit 1949, daß gerade Nordrhein-Westfalen ihre Hochburg sei. In diesem Selbstvertrauen begannen sie den Wahlkampf, der zu einer beachtlichen Niederlage führte. Auch die Kommentare der konservativen deutschen Presse stimmen in der Feststellung überein, das dieses Wahlergebnis als Absage an die CDU und insbesondere an die Politik des Kanzlers Erhard betrachtet werden muß. In Wirklichkeit bezog sich diese Absage auf die Wirtschaftspolitik der früheren nordrheinwestfälischen Regierung, die gerade bei der Kohlen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes Zeichen einer beunruhigenden Produktionsmüdigkeit hervorgebracht hat. Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen hat aber gezeigt, daß die Wende nicht nur bei der städtischen Bevölkerung festzustellen war, sondern auch in den traditionellen sehr konservativen Kleinstädten und Dörfern, die immer christdemokratisch gewählt haben. Nicht nur die innenpolitischen Schwierigkeiten kamen den Sozialdemokraten zugute, sondern hauptsächlich das außenpolitische Konzept, das der Regierende Bürgermeister von Berlin und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Willy Brandt, in Bezug auf die Deutschland-Politik vertritt. Die Sozialdemokraten haben damit eine positive deutsche Initiative in der internationalen politischen Arena ergriffen, mit der sie in Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten die Verwirklichung der deutschen Einheit anstreben. Diese Bemühungen wurden mit dem Wahlsieg honoriert."